

# Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 RM.  
Anzeigen: Die dreigespaltene mm-Jeile 0.15 RM.

Hauptgeschäftsstelle:

Köln a. Rh., Jülicher Straße 27 Fernsprecher 21 22 02  
Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen

F<sup>o</sup> 1721.

## Wofin ins Wagnis?

0-11 12, Ce (b.)

**W**ir stehen an der Schwelle des neuen Jahres. Rück- und Ausblick zu halten ist nicht ein Recht, eine Gewohnheit, sondern eine Verpflichtung. Mit vielen Wünschen und Hoffnungen haben wir das Jahr 1931 begonnen. Sie sind gewiß nur zum geringsten Teile in Erfüllung gegangen. Und dennoch beginnen wir das neue Jahr mit neuen Wünschen und Hoffnungen. Dem ist gut so.

Die Lasten und Opfer, die uns im verfloffenen Jahre auferlegt sind, sind wohl von niemanden vorausgesehen worden. Enttäuscht stehen wir am Anfange eines neuen Jahres mit der bänglichen Frage: was wird uns das Jahr 1932 bringen?

Der wirtschaftliche Aufschwung, den Deutschland anscheinend in den Jahren 1924 bis 1929 hatte, hat sich als eine Scheinblüte erwiesen. Alle Berechnungen der Wirtschaftsführer, mit gepumptem Gelde die Wirtschaft wieder aufbauen zu können, die Rationalisierung durchzuführen, die Betriebe rentabel zu machen und mit Anleihen die politischen Schulden begleichen zu können, haben sich als falsch erwiesen.

Der Bankrott im Juni zeigte mit aller Deutlichkeit, auf wie schwachen Füßen die deutsche Wirtschaft stand, so daß selbst das Hoover-Festjahr mit seiner Entlastung von fast zwei Milliarden Mark keinen weiteren Niedergang verhindern konnte. Krieg und Friedensvertrag haben die Wirtschaft aller Völker der Welt derart aus dem Gleise gebracht, daß beim Fortschreiten auf diesem Wege kein Ausweg besteht, niemals wieder zu halbwegs geordneten Verhältnissen zu kommen. Hoffentlich bringt die Weltwirtschaftskrise, unter der alle Völker und Nationen zu leiden haben, die gesamte Kulturwelt zu der Erkenntnis, daß sich auf besondere Not und Entbehrungen eines Volkes nicht der Wohlstand der anderen aufbauen kann. Dieses um so weniger, wenn politische Zahlungen dazu benutzt werden, um unproduktive, nicht dem Aufbau, sondern der Vernichtung dienende Einrichtungen damit zu schaffen. Solange der Uberschuß der Wirtschaft zu einem Wettstreiten verwandt wird, solange ist keine Gesundung der Weltwirtschaft, aber auch keine Hebung der sozialen Lage der Arbeitnehmer zu erwarten.

Restlose Beseitigung der Tributzahlungen, eine vernünftige Regelung der internationalen Verschuldung sind Forderungen, deren Erfüllung erst die Voraussetzungen für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise schaffen. Nicht

ohne Erfolg sind die dahin gehenden Bemühungen des letzten Jahres gewesen. Der Erfolg wäre ein größerer, wenn das deutsche Volk einiger, geschlossener hinter dieser Forderung stände.

Doch auch diese Lebensfrage wird dazu mißbraucht, um die Gegensätze noch weiter zu verschärfen. „Nationale Freiheit“ ist nicht selten der Deckmantel, unter dem die soziale Reaktion versucht, die Massen für sich zu gewinnen.

Das neue Jahr wird die Entscheidung bringen, ob diese soziale Reaktion die Oberhand gewinnen, jene Kräfte die Führung des Staates, der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens an sich reißen werden, die unter der Herrschaft der Demokratie ihre ehemaligen Vorrechte verloren haben.

Das vergangene Jahr hat der deutschen Arbeiterschenschaft schwere Opfer auferlegt. Nur tragbar, wenn die Gemäßigten hoffen, daß sie nicht vergeblich gebracht werden. Bestimmt aber sind sie vergeblich gebracht, wenn die Extreme von links und rechts, nicht von der Mitte aus überwinden. In gegenseitig im offenen Kampfe messen, die Staatsautoritäten vernichten und Deutschland in eine neue soziale Revolution, in einen Bürgerkrieg treiben. Auf dem Rücken der Arbeiterschenschaft würde dieser Kampf ausgetragen werden. Es würde die Kosten des weiteren wirtschaftlichen Niederganges zu tragen haben. Es ist schon wichtig, wenn gesagt wird: die deutsche Arbeiterschenschaft hat ganz bestimmt noch mehr als ihre Ketten zu verlieren. Der Sieg des Kommunismus, noch die Herrschaft eines Herrenmenschentums bietet die geringste Garantie für die Beachtung der Gesetze der sozialen Gerechtigkeit. Beide stützen sich ausschließlich auf Macht und Gewalt. Weder das bolschewistische Rußland, noch das deutsche Scharfmachertum stellen Millionenbeträge uneigennützig zur Verfügung, um damit eine starke Volksbewegung zu schaffen. Sie verlangen Gegenleistungen. Der eine will die Aufrihtung der unchristlichen proletarischen Diktatur, der andere Wiederaufrihtung des liberalen freien Wirtschaftssystems, um die menschliche Arbeitskraft wieder zu einer Ware, den Arbeiter zu einem willen- und rechtslosen Werkzeug der Produktion, des Gewinnstrebens machen zu können. Gleichberechtigung und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wird von beiden Mächtigkeitsgruppen nicht anerkannt.

In diesem Ringen fällt den Gewerkschaften, insbesondere den christlichen, eine große, gewaltige Aufgabe zu. Durch

## Zum Jahreswechsel

allen Mitgliedern nebst Angehörigen viel Glück und Gottes reichsten Segen

ZENTRALVORSTAND UND SCHRIFTFLEITUNG



**Wir gehen dahin und wandern  
von einem Tage zum andern**

politische, wirtschaftliche und soziale Not, durch Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung und Kürzung der Leistungen der sozialen Einrichtungen sind sie zwar wesentlich geschwächt, aber doch noch stark genug, um ihre Aufgaben zu erfüllen, wenn sie der Treue ihrer Mitglieder gewiß sein können. Die letzten Notverordnungen haben gezeigt, wie wenig sich die Arbeitnehmer auf die Staatshilfe verlassen können, wie hier das eine nach dem anderen abgebaut, der Krise zum Opfer fällt. Dabei ist das Ende noch nicht abzusehen. Die staatliche Invalidenversicherung und Unfallversicherung steht vor dem Zusammenbruche. Sie wissen die tausenden Renten nicht mehr aufzubringen. Trotz der scharfen Eingriffe in das Tarifrecht durch die Notverordnungen geht den Scharfmachern dieses noch viel zu weit. Nach ihrer Ansicht sollen die letzten Schutzwälle gegen eine unjüttliche Ausbeutung der Arbeitskraft restlos abgetragen werden. Im kommenden Jahre wird hierüber die Entscheidung fallen.

Wie diese Entscheidung ausfällt, darüber haben letzten Endes die Arbeitnehmer selbst zu entscheiden. Sie ist bereits gefallen, noch bevor sie begonnen, wenn nicht mehr die Berufsorganisationen den notwendigen Einfluß besitzen. Dann werden die letzten Dämme brechen.

Fast scheint es, als wenn die Kollegenschaft sich dem Ernste der Situation nicht bewußt wäre, daß Staatshilfe nur der Ausfluß der Selbsthilfe ist. Der heute nicht selten

zu vernehmende Ausspruch: „Wenn der Verband nicht dieses oder jenes wieder sofort beseitigen kann, trete ich aus, werfe die Flinte ins Korn“, zeugt von einer Verleugnung der gegenwärtigen Situation, die leider nur in Arbeitnehmerkreisen anzutreffen ist. Andere Stände und Schichten dagegen sagen und handeln danach: „nun erst recht.“ Ihnen ist ihre Berufsorganisation bestimmt nicht Selbstzweck und wird infolgedessen auch nicht als solche gewertet.

Positive Mitarbeit kann aber nicht durch negative Kritik ersetzt werden. Deshalb können sich die Gewerkschaften nicht mit einer Kritik der Notverordnungen begnügen. Eine Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer durch Erhöhung der Nominallohne ist in den nächsten Monaten nicht möglich. Wohl aber eine Erhaltung des Reallohnes durch Abbau der Preise. Obschon durch „Brünings Vierte“ in einem Umfange in die Preisgestaltung eingegriffen ist, wie nie zuvor, werden die Bemühungen für die Preisentung nur dann einen Erfolg haben, wenn die Konsumenten selbst an einen Erfolg glauben und an der Preisgestaltung selbst mitarbeiten. Die vorhergehenden Preisentungssaktionen sind fast restlos zusammengebrochen, haben keinen Erfolg aufzuweisen, weil sie von den Betroffenen sabotiert und von den breiten Volksschichten nicht unterstützt wurden.

Nicht nur durch Senkung der Löhne und unsoziale Verteilung der Steuerlasten, sondern auch über die Preisgestaltung lassen sich die Lasten des Krieges und der Tributzahlungen auf die Schultern der Arbeitnehmer abwälzen. An Versuchen hierzu wird es bei der Durchführung der gewollten Preisentung nicht fehlen. Den Gewerkschaften erwächst hier eine große Aufgabe, die sie nur erfüllen können, wenn die Mitgliedschaft restlos hinter ihnen steht.

Die Senkung des Reallohnes im letzten Jahre ist nicht allein auf die Kürzung der Nominallohne zurückzuführen. Die Erhöhung der direkten und indirekten Steuern und die Einführung neuer Steuerarten hat hier ebenfalls stark mitgewirkt. Eine Senkung der Steuerlasten ist aber nur von einer durchgreifenden Vereinfachung und Verbilligung der gesamten öffentlichen Verwaltung zu erwarten, an dessen Spitze die Reichsreform zu stehen hat. Was im Jahre 1918/19 bei der staatlichen Umwälzung veräußt worden ist: die Beseitigung der Kleinstaaterei muß nunmehr nachgeholt werden. Die Gewerkschaften müssen hierbei die treibenden Kräfte sein, da von den politischen Parteien, ohne jede Ausnahme, nicht viel zu erwarten ist.

Alle diese Fragen, die für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse von mitauschlaggebender Bedeutung sind, drängen im neuen Jahre zur Entscheidung.

Wie sie entschieden werden, wird von der Einstellung der Arbeitnehmer zu ihnen und von dem Einflusse der Gewerkschaften im öffentlichen Leben größtenteils abhängen. Erkennt die Kollegenschaft diese Aufgabe ihrer Bewegung, erschöpft sich ihre Mitarbeit nicht in impulsiver Kritik, wird doch noch manches zum Besten hier gestaltet werden können.

Zu dieser Mitarbeit und erstem Vorwärtstreben

**die besten Wünsche zum neuen Jahre!**

## Positive Mitarbeit oder negative Kritik

### Die letzte Notverordnung

hat in der gesamten Arbeiterschaft Mißmut und Berärgerung ausgelöst. Das ist durchaus verständlich. Dreimal innerhalb eines halben Jahres wurden die Löhne der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe durch die zweite und vierte Notverordnung gesenkt. Das erstmal um 4 Prozent, das zweitemal um 4,5 Prozent, das drittemal um 10 Prozent. Dazu Fortfall der Frauenzulage von durchschnittlich 3 Pfg. pro Stunde, oder 2,5 bis 3 Prozent. Insgesamt beträgt die Lohnentung einschließlich des tariflichen Lohnabbaues im

ersten Halbjahre 25 bis 26 Prozent des zum Beginn des Jahres bestehenden Nominallohnes.

Demgegenüber steht eine unzulängliche Senkung der Kosten der Lebenshaltung. Nach dem Reichsindex sind dieselben gesunken von November 1930 bis zu November 1931 um 11,6 Punkte oder 8,1 Prozent. Schätzungsweise wird die weitere Senkung im Dezember 1931 1 bis 2 Prozent und ab 1. Januar 1932, wo die Preisentungssaktion der vierten Notverordnung in Kraft tritt, 5 bis 6 Prozent betragen. Eine Senkung der Löhne um 25 bis 26 Prozent

stände dann aber nur ein Preisrückgang von 14 bis 16 Prozent gegenüber.

Reichsfinanzminister und Finanzminister haben zwar erklärt, daß die vierte Notverordnung den Schlüsselstein bilden werde. Eine weitere Senkung der Löhne und Gehälter könne und dürfe nicht mehr eintreten. Wäre wirtschaftlich und sozial nicht tragbar.

In der Arbeiterschaft und nicht zuletzt in den Reihen unserer Kollegenchaft mehren sich die Stimmen, die zum Ausdruck bringen:

**Schlimmer kann es nicht mehr werden.**

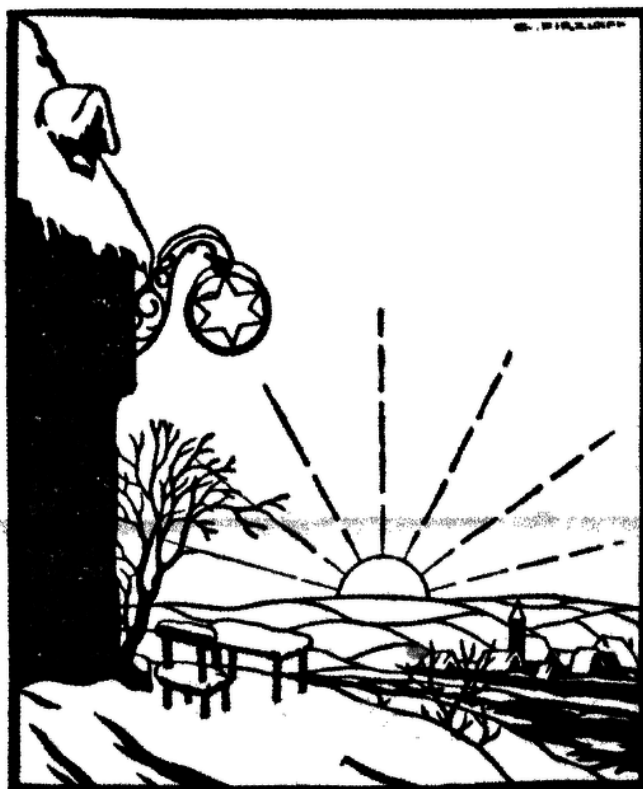
Dumpe Resignation gleichgültiger Fatalismus oder aber radikales Aufbegehren ist nicht selten an Stelle kühler Ueberlegung und dem Willen, trotzallem die Verhältnisse zu meistern, getreten.

Das eine wie das andere wird aber keinen Ausweg zeigen. Mit Recht sagt daher das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften:

„Wer glaubt, die Notverordnung würde den Beifall aller Sozialreaktionäre finden, täuscht sich gewaltig. Ihnen geht der Eingriff in die Sozialpolitik noch nicht weit genug, und vor allem paßt es ihnen gar nicht, daß die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages, das Schlichtungswesen und die Verbindlichkeitserklärung erhalten geblieben sind. Ihr Kampf geht grundsätzlich »gegen das System und gegen die Gewerkschaften«. Schutz des Staates für Landwirtschaft, Innungen, Kartelle usw., für Eigentum und Besitz ist für sie eine Selbstverständlichkeit, nicht aber der soziale Schutz für diejenigen, die am meisten des Schutzes und der Hilfe bedürftig sind. Es sind dieselben Kreise, die bei den letzten Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages kaum Interesse für die Hilfsmaßnahmen zugunsten der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger an den Tag legten, sich aber schützend vor die Interessen der Großpensionäre stellten. Dieselben Kreise, deren Denken und Gesinnung kürzlich in einem Artikel des „Berliner Lokal-Anzeiger“ dahin Ausdruck gegeben wurde, daß die Wirtschaft keine weitere Belastung »durch die Sozialpolitik des Marxismus, der immer noch seine zahlenden Mitglieder von dem Allgemeinos der Nation, des Mittelstandes, der Landwirtschaft, des Unternehmertums, der freien Berufe und des Kleinbürgertums durch Privilegienwirtschaft seiner Gewerkschaften glaubt ausnehmen zu können«, vertritt. Danach geht es also den Erwerbslosen und Gewerkschaftsmitgliedern noch ausnahmsweise gut, und es paßt in die Geisteshaltung dieser Hezer gut hinein, wenn in demselben Artikel die Ansicht übernommen wird, daß die Krankenkasse die Kranken »groß und fett« mache, die Unfallversicherung Unfälle schiefe und noch arbeitsfähige Menschen nur darauf bedacht seien, aus der Invalidenversicherung eine Rente zu bekommen.“

Wochenlang vor Erlaß der Notverordnung wurde die Reichsregierung unter Druck genommen, wurde ihr verstärkter Kampf angelegt und verlangt, daß sie sich von den Gewerkschaften lösen und die Bahn für einen antisozialen Kurs frei machen müsse. Lösung von der Sozialdemokratie und vom Marxismus ist die stets wiederkehrende Forderung. Unter Lösung vom Marxismus verstehen diese Kreise aber meist nichts anderes, als daß ein antisozialer Kurs gesteuert wird und die arbeitenden Volksschichten der Willkür ausgeliefert werden. Diesen Bestrebungen, gleichviel in welchen Formen wir ihnen begegnen, gilt der scharfe und unerbittliche Kampf der christlichen Gewerkschaften. Wir führen diesen Kampf zugleich im Interesse des gesamten Volkes, denn die Verwirklichung der vorhin gekennzeichneten Pläne müßte die Auflösung des staatlichen Gemeinschaftslebens und den Kampf aller gegen alle bedeuten.

Weite Kreise lassen in ihrem Kampf gegen Sozialpolitik und Gewerkschaften die Sachlichkeit vollkommen vermissen. Besonders die Gewerkschaften sind nach dem Urteil der Extremen an allem Uebel schuld. Sie sind schuld an der Krise, schuld an der Arbeitslosigkeit. Kurz, es gibt kein Uebel, das die Gewerkschaften nicht verschulden. Und wenn es zu Wehreden keinen Schnee gibt, werden die Gewerkschaften



schuld daran sein. Besonders den alleinigen Inhabern der angeblich wahren nationalen Gesinnung haben es die Gewerkschaften angetan. Trotzdem sie (das gilt vor allem von den christlichen Gewerkschaften) im Laufe der letzten Jahre immer und nachdrücklicher gegen die Reparationen Stellung genommen haben, wird ihnen das Gegenteil vorgeworfen. Die letzte gemeinsame Stellungnahme aller Gewerkschaften am 5. Dezember d. J. gegen die Reparationen und gegen die Verwildern der innerpolitischen Auseinandersetzungen wurde von reaktionären Blättern entweder gar nicht gebracht oder in einem versteckten Winkel, damit die gewerkschaftsfeindlichen Leser nur ja nicht davon erfuhren. Kommunisten und radikal gewordene bürgerliche Literaten reichen den Reaktionären in der Bekämpfung der Gewerkschaften brüderlich die Hand.“

Diese reaktionäre Einstellung zu Lohn- und Sozialpolitik ist leider bei einem großen Teil des Volkes anzutreffen. Selbst auch in jenen Kreisen, die um die Gunst der Arbeitnehmer buhlen, um mit Hilfe der Waffen ihre machtpolitischen Pläne durchzusetzen. In dem Augenblick aber, in dem sie ihr Ziel erreicht haben werden, die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands sich gewiß nicht bessern, sondern weiter verschlechtern würde, wäre es auch mit ihrer angeblich sozialen, arbeiterfreundlichen Einstellung vorbei. Die vierte Notverordnung würde dann gewiß nicht der Schlüsselstein der unsozialen Maßnahmen einer Reichsregierung sein. Wenn die oben geschilderten Kreise ihr Ziel, die Zerstückelung der Gewerkschaften, erreicht haben würden, wäre der Weg nach einer Gestalt der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wie sie sie wollen, frei. Die deutsche Arbeiterschaft — dann allerdings leider zu spät — hätte Gelegenheit darüber nachzudenken, ob sie doch nicht anfangs des Jahres 1932 noch viel zu verlieren hatte.

Deshalb auch unter den gegebenen ungünstigen Verhältnissen

keine negative Kritik, kein ohnmächtiges, radikales Aufbegehren, sondern positive Mitarbeit

an der Gestaltung der Dinge.

Die vierte Notverordnung trägt allzusehr dem Abbauwillen derjenigen Kreise Rechnung, mit denen die Regierung auf Grund der gegebenen Verhältnisse leider rechnen muß. Wenn wir auch zugeben, daß Leistungen, die unter

der Voraussetzung einer günstigen Entwicklung eingeführt waren, sich in Zeiten so anhaltender und schwerer Krise kaum halten lassen, so brauchte der Abbau doch die bereits am meisten Bedrängten nicht so hart zu treffen, wenn nicht durch eine verlogene und unverantwortliche Hege fast jede noch so notwendige und segensreiche Einrichtung in Mißkredit gebracht worden wäre. Wir müssen von der Regierung erwarten, daß sie hier recht deutlich einen Trennungsstrich zieht und sich nicht über eine Grenze drängen läßt, hinter der es nur mehr schärfsten Kampf auch unsererseits geben kann. Auf der anderen Seite müssen wir es aber ablehnen, einseitige Kritik zu üben. Das entspräche weder dem Ernst der Lage noch den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu rechnen hat. Nur dann, wenn wir den Willen haben, uns in dieser schweren Krisenzeit — trotz unvermeidlicher Rückschläge — zu behaupten, gewinnen wir auch wieder Neuland und behalten die Kraft, in besseren Zeiten Verlorenes wieder zu erobern. Es erwachsen uns besonders in diesen schweren Zeiten

#### große und bedeutende Aufgaben:

Aufgaben, deren Erfüllung nicht allein eine Pflicht der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter, sondern auch eine Pflicht im Dienste der Gesamtheit ist. Das Vordringlichste ist, immer wieder Aufklärung über den tatsächlichen Stand der Dinge zu schaffen. Der Mangel an Aufklärung, an Einsicht in die volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge trägt dazu bei, daß Schlagworte und unsinnige Wirtschaftsprogramme zahlreiche Anhänger finden und die Verwirrung stets weiter zunimmt. Ferner gilt es, mit ganzer Kraft nach wie vor für den Wegfall der unsinnigen und untragbaren Reparationslasten und für eine die Wirtschaft belebende internationale Schulden- und Kreditregelung und für internationale Verständigung einzutreten. Hier liegt der mit Recht auch von der Reichsregierung immer wieder hervorgehobene Schwerpunkt der Weltwirtschaftskrise. Wir sind uns klar darüber, daß bei der Bedrängung der Selbstkosten der Lohndruck fürs erste noch nicht weicht. Um so mehr müssen wir mit aller Macht darauf hinarbeiten, daß der Lohn nicht der Faktor bleibt, der in der Hauptsache der angegriffene Teil ist. Wir dürfen es als einen Teil des Erfolges unserer ständigen und zielbewußten Arbeit ansehen, daß die Notverordnung auch in bezug auf die Zinsen, Frachten, Preise usw. eine zielbewußte Senkungsaktion einschließt. Je mehr die Ge-

stehungskosten der Wirtschaft in den genannten Punkten eine Entlastung erfahren, kann der Lohndruck gemildert werden. Der Senkungsaktion mit zum Erfolg zu verhelfen, heißt, nicht nur den Reallohn möglichst erhalten, sondern auch den Lohndruck mildern. Besonders notwendig ist, eine zielbewußte Mitarbeit auf dem Gebiete der Kostenlenkung des täglichen Bedarfs.

Dann das Entscheidende! Kein Wanken und Schwanken in bezug auf die

#### Treue zur Gewerkschaft!

Es ist gewiß in Zeiten, wo es abwärts geht, schwerer treu zur Gewerkschaft zu stehen, als in Zeiten, in denen es aufwärts geht. Zu bedenken bleibt aber, daß die Dämme, die gegen ein allzu tiefes Absinken noch bestehen, vollkommen einbrechen, wenn die Gewerkschaften keine Kraft mehr einsehen können. Krisen früherer Zeiten, in denen gewerkschaftlicher und gesetzlicher Schutz fehlten, lehren uns, daß die Last in erster Linie auf die Arbeiter abgewälzt wurde und daß die Löhne um etwa 50 Prozent sanken. Was verbirgt sich denn im Grunde genommen hinter dem starken Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen das Tarifrecht, gegen Schlichtungswesen und Verbündlichklärung anderes als der Wille, einen Zustand herbeizuführen, in dem in dieser Krisenzeit die Löhne und die Arbeitsbedingungen einseitig nach dem Willen des Arbeitgebers festgesetzt werden können. Die Notverordnung stellt die Gewerkschaften gerade in allernächster Zeit vor schwere Verhandlungen und Streitfragen um die Gestaltung der Tarifverträge.

Die christliche Arbeiterbewegung steht zugleich in einem gewaltigen Kampfe, der ausgetragen wird, um die Neugestaltung der Wirtschaft und des Wirtschaftsraumes. Aber nicht allein um Formen und Aenderungen der Zustände schlechthin handelt es sich, mehr noch handelt es sich in dieser Zeit, in der viele, die früher auf wirtschaftlicher Höhe standen und jetzt nach dem Abtutz ohne inneren Halt zum Selbstmord greifen, darum, ob die sittlichen und ethischen Kräfte neugestaltet und entfaltet werden. Solange die Welt und die Wirtschaft beherrscht sind von einem Geist, der sich stärkstens in Machtmißbrauch, Haß, Zwietracht, Egoismus und Mangel an Gemeinschaftsgeist äußert, ist schwer eine Gesundung möglich. Der Kampf einer Bewegung, deren Arbeit auf christlichen Grundsätzen basiert, muß zugleich ein Kampf sein und ist zugleich ein Kampf um Selbes- und Gesinnungserneuerung.

## Glückliches Neujahr!

Wie in anderen Jahren, erklingt auch dieses Mal der Wunsch gewohnheitsmäßig zum Jahreswechsel, aber weder der es sagt, noch der dem der Wunsch gilt, glaubt recht daran. Gewiß auch in anderen Jahren ist trotz aller guten Wünsche zum Anfang, später Not und Sorge in gar viele Familien gekommen, aber diesmal sind das doch fast allgemeine Erscheinungen. Sollten wir aber nicht gerade daraus, daß das Schicksal oder wie wir es sonst nennen wollen, unbekümmert um den Jahreswechsel, seinen Lauf nimmt und die Welt trotz größten Elends während der verflohenen Jahrtausende immer wieder Zeiten des Wohlstandes brachte, nicht die Hoffnung schöpfen, daß auch jetzt wieder bessere Zeiten kommen? Gilt nicht auch jetzt das Wort. Es wird nicht so schön, als wir es uns wünschen, es wird aber auch nicht so schlimm, als wir es befürchten. Es liegt doch in der Menschennatur, daß wir in unserer Phantasie uns alles in viel stärkerem Maß ausmalen als es die Wirklichkeit bringt, einmal sehen wir den Himmel voller Geigen, und geht es uns mal schlecht, dann wird grau in grau oder gar schwarz in schwarz gemalt. Wir wollen uns mit diesen Feststellungen nichts vor-täuschen; denn wir kennen die Zeichen der Not, wie sie sich durch die überhandnehmenden Selbstmorde und Eigentumsvergehen am sichtbarsten äußern, zu gut, aber wir dürfen nicht in Mutlosigkeit versinken, wie so viele, die den letzten seelischen Halt verloren haben.

Eine zweite Feststellung müssen wir noch treffen, es gibt nur wenige sogenannte „Glückspilze“, denen das Glück in den Schoß fällt. Die meisten Menschen, die wir zu den Glücklichen zählen,

haben sich dieses Glück in äußerst mühevoller und zäher Arbeit erworben. Haben sie sich dann emporgearbeitet, werden sie mit neidischen Augen betrachtet. Nur wenige von den Reibern wissen, welche Arbeit dahinter steckt, und auf wie viele freie Stunden und Vergnügen diese Glücklichen verzichten mußten, ehe sie soweit waren, daß sie eine besser bezahlte Stellung erringen konnten. Wir wissen auch sehr gut, daß heute viele gute Tischarbeiter von der Erwerbslosigkeit betroffen sind und heute, um Arbeit zu haben, schon mehr Glück als allein das Können erforderlich ist. Und trotzdem müssen wir und besonders die Erwerbslosen mit aller Gewalt dagegen ankämpfen, daß wir die Spannkraft der Nerven und Muskeln nicht verlieren. Wer sich einmal hängen läßt, wird kaum noch die Kraft besitzen, wieder im harten Arbeitsprozeß seinen Mann zu stellen. Da ist ein Garten von großem Wert, nicht nur wegen der so erzielten Nebeneinnahme bzw. Ersparnis, sondern vor allem auch wegen der Betätigung. Im Winter und sonst ist Gelegenheit, für den Haushalt was in Ordnung zu bringen. Vielleicht kann man trotz der eigenen Not auch noch anderen helfen, indem man seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Da lenne ich einen Arbeitslosen, der nach monatelanger Krankheit keine Arbeit mehr fand, keinerlei Unterstützung bekommt, da ihm vom Wohlfahrtsamt gesagt wurde, er möchte nach Hause gehen, da die Mutter noch ein kleines Häuschen hat. Da er aber der alten Mutter nicht zur Last fallen will, hilft er sich mit Gelegenheitsarbeit durch. Trotzdem er selbst die Not nur allzusehr am eigenen Leibe verspürt, hat er doch noch ein offenes Herz für andere und bastelte so für die Kinder eines anderen Arbeitslosen zu Weihnachten ein schönes Hegenhäuschen zurecht. Diesen vogamen

## Theaterplanwirtschaft

Während der letzten Jahre haben sich die Theater tüchtig herausgearbeitet. Vor allem die Großstädte legten Wert darauf, durch ein gutes Theater- und Konzertwesen Erstklassiges zu bieten und so die Konkurrenz mit den Staatstheatern aufzunehmen und den Beigeschmack „Provinz“ abzustreifen. Zu erstklassigen Theatern gehören aber auch erstklassige Kräfte und so begann das Wettrennen und Wettbieten nach und für die „Stars“, zumal der Film und neuerdings noch der Tonfilm das gleiche Streben hatte und infolge seiner Eigenart ganz besonders hohe Gagen bewilligen konnte. Die „ganz Großen“ zogen es aber vor, den Staub des Vaterlandes von ihren Füßen zu schütteln und nach Hollywood zu gehen, um Dollargagen einzuheimsen. Die Folge war ein Anschwellen der Theaterretais zu beängstigender Höhe. Solange wir noch in den „guten Zeiten“ lebten, wo alle Etatposten diese Aufwärtsbewegung mitmachten, fiel das nicht auf. Aber jetzt, wo die Not allerorts steigt, die Städte nicht mehr wissen, wo sie das Geld für die Wohlfahrtsberwerbungsarbeiten hernehmen sollen und Abstriche an allen Stellen erfolgen, Arbeitszeitverkürzungen, Entlassungen und Zwangspensionierungen an der Tagesordnung sind, richtet sich das Augenmerk auch auf die Zuschüsse an die Theater und Orchester, die bei den Einhalbmillionenstädten um die zwei Millionen Mk. liegen. Gewiß sind hier schon im Laufe der letzten zwei Jahre Abstriche erfolgt, die in die Hunderttausende gehen, aber noch ist der Zuschuß im Verhältnis zu der Not auf der anderen Seite viel zu groß, als daß man sich damit zufrieden geben könnte. Forderungen nach radikalem Abbau und sogar vollständiger Schließung werden laut.

Eine vollständige Schließung der Theater hat natürlich auch ihre Schattenseiten. Wir wollen hier ganz absehen von der kulturellen Bedeutung, über die man streiten kann. Je nach der Einstellung des einzelnen wird man diesen Wert mehr oder weniger hoch einschätzen. Aber angesichts dessen, was das übliche Kinoprogramm anbelangt, kann man wohl sagen, daß doch der kulturelle Wert nicht zu unterschätzen ist, wenn man auch wünschen möchte, daß das Theater, namentlich die Oper, etwas mehr dem Ringen der Zeit Ausdruck geben würde. Allerdings muß man hier den Einwurf gelten lassen, daß die Masse des Publikums mehr diese romantisch-süßliche Unwirklichkeit will, soweit der Film und Operette in Frage kommen und uns namentlich an Opern der geeignete Stoff fehlt. Leisten Endes ist aber auch für die Theaterleiter der Kassenerfolg das Entscheidende und treten die Bildungsziele dahinter zurück — manchmal leider allzuviel.

Wir haben hier vielmehr die sozialen und wirtschaftlichen Schäden im Auge, die eine Schließung der Theater mit sich bringt. Eine vollständige Schließung einer Großstadtbühne oder gar einer Oper bringt die Brotlosmachung von Hunderten von Menschen mit sich. Es sind ja nicht nur die paar Schauspieler

und Statisten, die „viel Volk“ markieren und einige Logenschließer und Garderobefrauen, welche zum Teil den Theaterbetrieb als Nebenverdienst haben, sowie das Orchester, also das, was das Publikum sieht, die vom Theater leben, sondern da ist vor allem das umfangreiche technische Personal hinter der Bühne, von dessen Arbeit und Zahl sich der Besucher, solange er keinen Blick hinter die Kulissen getan hat, gar keinen Begriff macht, und die vielen Geschäfte, die durch Lieferungen und Arbeiten sehr eng mit dem Theater verknüpft sind. Rund 85 Prozent der Ausgaben für Theater bleiben ja in der Stadt selbst.

Diese Feststellungen können uns natürlich nicht zur Abstandnahme von Sparmaßnahmen verleiten; denn schließlich ist das Geld näher als der Rod, aber diese Gesichtspunkte verdienen Berücksichtigung. Was ist nun bisher geschehen? Zunächst haben alle Städte von sich aus Sparmaßnahmen getroffen, dann hat vor allem der preussische Innenminister im Mai 1931 ein Schreiben an die Oberpräsidenten von Rheinland und Westfalen gerichtet, in denen er energische Sparmaßnahmen — so vor allem Kürzung der hohen Gagen, Verminderung des Personals und Planwirtschaft forderte — unter Androhung der Sperre von Beihilfen für Wohlfahrtszwecke. Die beiden Oberpräsidenten haben daraufhin einen Plan ausgearbeitet, der einen gemeinsamen Konzert- und Theaterbetrieb in drei Gruppen vorsieht. Eine Reihe von Städten soll zusammengefaßt werden, von denen eine Oper und Operette, die andere Schauspiel und eine weitere das Orchester erhält. Durch wechselseitigen Austausch sollen dann in allen Städten die verschiedenen Veranstaltungen erfolgen.

Planwirtschaft oder Zusammenarbeit von benachbarten Städten im Theaterwesen ist nichts Neues. Schon lange waren z. B. Verhandlungen zwischen Köln und Düsseldorf, aber infolge der so oft schon unglücklichen Prestigefrage ist es zu keinem positiven Ergebnis gekommen. In der Presse wurde auch lebhaft eine gemeinsame Theaterwirtschaft für Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden und Darmstadt behandelt, weil in Frankfurt gleichfalls Stimmen laut wurden, daß 2 Millionen Zuschuß für Theater heute nicht mehr vertretbar sind. Auch dort wurde kein praktisches Ergebnis erzielt.

Auf Grund obigen Schreibens des Innenministers haben nun die Oberpräsidenten einen Plan für die Theaterstädte des Industriegebietes ausgearbeitet, der folgendermaßen aussieht:

Für das Ruhrgebiet soll Essen Oper und Operette, Dortmund das Schauspiel und Bochum das Orchester erhalten, für die bergischen Städte Wuppertal, Remscheid, Solingen eventuell auch Hagen liegt noch kein Verteilungsplan vor. Die dritte Gruppe bilden die Niederrheinischen Städte Düsseldorf, Duisburg, Krefeld, Gladbach-Rheydt, Mülheim, Hamborn und Oberhausen. Nach Pressemeldungen soll hiernach Düsseldorf den Löwenanteil bekommen, Oper, Operette und Schauspiel (privates Unterneh-

Menschen wird jeder unterstützen, dem die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Für die noch in Arbeit Stehenden gilt es gleichfalls, den Kopf oben zu halten und durch klare Zielstrebigkeit den Existenzkampf möglichst sicher zu führen. Wer bei einem Brande ratlos und kopflos hin und her läuft, der wird zum Schluß die traurige Feststellung machen müssen, daß er so gut wie nichts und manche wertlose Sachen mitgenommen hat, während wichtige Dinge, die sonst gerettet wären, verbrannt sind. Genau so muß sich auch die Arbeiterschaft klar darüber sein, daß sie über diese Krise nur hinwegkommt, wenn sie zielbewußt handelt. Für Lohnaufbesserungen besteht zunächst keine Aussicht, vielmehr haben wir ab 1. Januar einen merklichen Lohnabzug erhalten. Andere Länder mit hohem Lebensstandard, wie England und die nordischen Staaten haben den Weg einer 20-25prozentigen Inflation gewählt, um ihre Produktionskosten zu senken, bei uns ist dieses Mittel nicht mehr möglich, nachdem wir die größte Inflation der Weltgeschichte hinter uns haben. Wir müssen also jetzt unser ganzes Augenmerk auf die Preisentwertung wenden. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften stehen in enger Fühlungnahme mit dem Preiskommissar, um seine Arbeit durch Rat und Tat zu unterstützen. Desgleichen müssen drücklich alle Verbände und die Kartelle in enger Fühlungnahme mit unseren Konsumvereinen und den öffentlichen Stellen auf eine Senkung der Preise hinarbeiten. Wie es gemacht werden kann, dafür ein Beispiel: In einer kleinen Stadt kam das Alter Milch bei den Kleinbäuerlern 26 Pfennig. Nach einer eingehenden Aussprache der Gewerkschaften mit den Landwirten fand eine gemeinsame Versammlung statt, mit dem Ergebnis,

daß heute die Milch für 18 Pfennig von den Landwirten direkt an die Verbraucher geliefert wird und noch einige Erwerbslose einen kleinen Verdienst für Trägerlohn erhalten. Gleichfalls müssen unsere Hausfrauen aufpassen, daß sie nicht auf Zugaben hereinfallen, und dann Ware und Zugabe teurer bezahlen, als wenn sie gleichwertige Sachen in realen Geschäften kaufen. Es verzehnt kein Geschäft etwas und kann es auch nicht.

Zum klaren Zielstreben gehört auch, daß wir uns der rechten Mittel bedienen, um unseren Kampf zu führen. Wenn jemand Brot kaufen will, geht er nicht in den Metzgerladen, dort gibt es zwar auch Lebensmittel, aber nicht die er wünscht und braucht. Es wird auch niemanden einfallen, sich einen Anzug von einem Schuster machen zu lassen. Das gleiche gilt für unseren sozialen und wirtschaftlichen Kampf. Wer glaubt wirtschaftliche Ziele durch politische Parteien erreichen zu können, wird bald feststellen, daß er sich des falschen Werkzeuges bedient hat. Wo wären heute die Sozialisten mit ihrem Versprechen, wenn sie nicht die freien Gewerkschaften hätten? Müßen die Kommunisten nicht die traurige Beobachtung machen, daß sie um politische Ziele willen dauernd in wilde „Streiks“ und „Abwehraktionen“ gekehrt werden, bei denen meist nichts herauskommt, aber sehr viele Arbeiter auf der Straße bleiben? Die Gewerkschaften werden von Arbeitern geführt und unterliegen der Kontrolle der Arbeiterschaft, in den politischen Parteien sind aber noch viele andere Kreise, und meistens in führenden Stellen Angehörige anderer Stände. Es kommen dann leicht Vorschläge wie neulich in einer politischen Versammlung,

men), Duisburg eine Spieloper und das Konzertorchester, Krefeld ein kleines selbständiges Schauspiel. Bisher waren in dieser niederrheinischen Gruppe etwa 8,7 Millionen Mark an Ausgaben vorhanden, denen 3 Millionen an Einnahmen gegenüberstanden. Nach diesem Plan hofft man auf 4,2 Millionen die Ausgaben zu senken, denen 2 Millionen an Einnahmen gegenüberstehen. Der Zuschuß würde demnach von 5,7 auf 2,2 Millionen sinken, was einer Ersparnis von 3,5 Millionen Mark gleichkäme.

Nun ist dieser Plan und die Ersparnis insofern illusorisch, als Gladbach-Rheindt sein Theater im März endgültig geschlossen hat. Aus den Künstlern und mit Hilfe der Bürgerschaft hat sich nun eine Gesellschaft gebildet, die das Theater auf eigene Rechnung betreibt. Die Stadt stellt das Orchester unentgeltlich zur Verfügung, da es sich hier um Dauerangestellte handelt, die sowieso bezahlt werden müßten. Das Schauspiel- und Opernpersonal will einige Vorstellungen ohne Vergütung geben, um die G. m. b. H. am Leben zu erhalten.

Ob der Plan des Oberpräsidiums durchführbar ist, ist sehr fraglich, da schon heftige Stimmen dagegen laut wurden. Trotzdem werden in irgendeiner Form wesentliche Vereinfachungen und Abstriche erzielt werden müssen, um der großen Not auf der anderen Seite zu steuern. Vor allem gilt es für uns, die Augen offenzuhalten, daß nicht versucht wird, hauptsächlich auf Kosten der „Kleinen“ zu sparen. Erstens ist die Ersparnis nicht groß, da diese nach gewisser Zeit doch zur Wohlfahrt kommen, und so der Stadt Kosten verursachen und vorher schon in der Krise, zweitens sollte man alle erdenklichen Sparmagnahmen versuchen, ehe Menschen vollständig in das Elend gestoßen werden; denn das bedeutet doch heute eine Entlassung. Wenn es auch den Betroffenen weh tut, wir werden dafür sorgen müssen, daß die Spitzgehälter bzw. Gagen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden. Maßstab dürfen dabei nicht die Militärs, sondern muß die Notlage der Gemeindefinanzen sein. Sofort wird natürlich der Schrei von der großen Notlage der Künstler kommen. Das mag stimmen, es ist aber bekannt, daß auch früher erste Kräfte trotz hoher Gage und guten Einnahmen aus Gastspielen sehr oft vom Vorschuß lebten. Es gehört nun mal zur Eigenart der Künstler, daß sie schlecht rechnen können. Weiterhin wird man prüfen müssen, ob nicht an der Ausstattung gespart werden kann. Bei gar manchem Stück mußte doch bisher eine verschwenderische Plüschfülle und sonstiger Prunk über die inhaltliche Leere hinwegtäuschen. Wenn es aber zum Abbau von Leuten kommt, muß auch bei den leitenden Kräften energisch durchgegriffen werden. Wenn bei einer Stadt zwei Generalmusikdirektoren, mehrere Kapellmeister und noch sonstige gleichwertige Kräfte tätig sind, darf man bei Sparmagnahmen nicht vergessen, daß eine solche Stelle mehrere Arbeiterlöhne aufwiegt. Wenn schon Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubt werden müssen, insofern der großen Not, dann soll man es zunächst dort tun, wo die wenigsten davon betroffen werden. Soweit es noch nicht geschehen ist, müssen jetzt allerorts die Ver-

bindungen mit den Theaterkommissionen der Stadtparlamente aufgenommen werden, um gemeinsam daran zu arbeiten, daß die Zuschüsse für die Theater und Orchester stärkstens herabgesetzt werden (kostenlos ist ja selbst eine vollständige Schließung nicht), die Abbaumagnahmen aber in einem sozialen Sinne durchgeführt werden. Es mag sein, daß wir nicht mehr imstande sein werden, nach Durchführung dieser Sparmagnahmen die Theater und Orchester auf der jetzigen künstlerischen Höhe zu halten. Ueberanstrengung und Sorgen wirken sich bei Künstlern, die nicht nur technische Fertigkeiten bieten, sondern ihre ganze Seele in das Spiel hineinlegen müssen, vielleicht stärker aus, als in einem anderen Beruf. Angesichts von über einer Million Wohlfahrtsverwerbslosen müssen aber diese Bedenken zurückgestellt werden.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

### Preisüberwachungskommissar und Gewerkschaften.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hatte am 19. Dezember die Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Besprechung eingeladen. Oberbürgermeister Dr. Gerdeler betonte zunächst, daß er vor wie nach die große Bedeutung der Gewerkschaften für das ganze politische, wirtschaftliche und soziale Leben anerkenne und ihre Mitarbeit nicht vermissen möge. Er entwickelte sodann das Programm seiner Arbeit und das Ziel, das ihm vorschwebt, gab auch Aufschluß über bisher getroffene und weiter in Aussicht genommene Magnahmen. Er bat die Gewerkschaften, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen. Die Vertreter der Gewerkschaften nahmen von den Ausführungen Kenntnis und wiesen auf die geradezu entscheidende Bedeutung der Preisfestung hin. Sie erklärten sich zu jeder gewünschten Mitarbeit bereit und werden ihre Unterorganisationen mit entsprechenden Weisungen versehen. Ueber die Frage der Mitarbeit werden sich die Gewerkschaften mit dem Reichskommissar dauernd in Fühlung halten.

### Verlängerung der Betriebsratsmandate um ein Jahr.

Die vierte Notverordnung sah unter anderem auch einen Aufschub der im Jahre 1932 notwendig werdenden sozialen Wahlen vor. Eine Verordnung vom 14. Dezember 1931 bringt nun diesen Aufschub für die Betriebsratswahlen. Alle Mandate von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobmännern, die im Jahre 1932 erlöschen würden, werden dadurch um ein Jahr verlängert. Eine Ausnahme findet nur für solche Betriebsräte bzw. Betriebsobmänner statt, wenn das Wahlschreiben am 9. Dezember 1931 bereits erlassen war und der letzte Tag der Stimmabgabe vor dem 1. Januar 1932 lag.

Entsprechend dieser Verordnung finden also 1932 keine Betriebsratswahlen statt, soweit nicht besondere Gründe dafür maßgebend sind. Damit findet eine Forderung der Gewerkschaft-



wo ein gutbezahlter Angestellter forderte, die Krisenunterstützungsempfänger sollten angesichts der Not des Vaterlandes einen Teil der Unterstützung gekürzt bekommen und dies auf sich nehmen! Wir haben immer betont, daß es für die Arbeiterschaft eine Notwendigkeit ist, sich politisch zu organisieren, um auch auf diese Dinge Einfluß zu gewinnen. Wir müssen aber zu größter Vorsicht und Aufmerksamkeit auffordern, damit dort nicht Dinge geschehen, die gegen die Interessen der Arbeiterschaft laufen. Ganz besonders gilt dies für die neuen Parteien, die bisher noch nicht bewiesen haben, wie sie ihre vielen und sich gegenseitig aufhebenden Versprechungen einlösen werden.

Behalten wir so klaren Kopf und gehen der veränderten Weltwirtschaftslage entsprechend andere Wege, so werden wir auch über die schwere Belastung dieses Winters hinwegkommen. Wer sich selbst aufgibt oder plan- und ziellos von einem Extrem in das andere verfällt, der ist verloren. Diejenigen aber, die die Nerven in der Gewalt behalten, werden sich durchsehen, weil sie immer wieder die rechten Auswege finden. Klare Führung und einheitliche Marschrichtung der Arbeiterschaft ist notwendig. Lassen wir uns nicht durch politische Organisationen verwirren, sondern folgen in sozialen und wirtschaftlichen Dingen den gegebenen und bewährten Führern, den Gewerkschaften. Ganz besonders gilt dies von den christlichen Gewerkschaften, die mit keiner Partei verheiratet sind und Angehörige in allen bürgerlichen Parteien haben, die dort für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten, die es aber ablehnen, den Parteilampf in die Gewerkschaften hineinzutragen.

# Die christlichen Gewerkschaften zur Notverordnung

**D**er geschäftsführende Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm am 10. Dezember auch zu der letzten Notverordnung der Reichsregierung Stellung. Uebereinstimmend kam zum Ausdruck, daß die tief in das gesamte Leben des Volkes eingreifende Verordnung von dem Gedanken getragen ist, eine einseitige Belastung der Arbeitnehmer-schichten zu vermeiden. Die Senkung der Zinsen, Mieten, Frachten usw. wurde allseitig begrüßt. In diesen Maßnahmen sehen die christlichen Gewerkschaften nicht nur ein Mittel zur Wirtschaftsbelebung, sondern auch einen Weg, der geeignet ist, den bisher fast allein gegenüber den Löhnen angewandten Druck zu vermindern. Auf der anderen Seite bedeuten aber die durch die neue Notverordnung bedingten weiteren Lohnsenkungen, die einige Arbeitergruppen, darunter die Bergarbeiter und Arbeiter der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, besonders hart treffen, eine schwere Belastung. Diese Belastung ist um so schwerer ins Gewicht fallend, als die Arbeitnehmer seither bereits erhebliche Opfer gebracht haben. Auch mit Rücksicht darauf, so wurde einmütig betont, müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um die Senkung der Preise, besonders auch der ungebundenen, in einer Weise zum Erfolg zu führen, daß dadurch eine erhebliche Entlastung der Lebenshaltung herbeigeführt würde. Als Nachteil wurde angesehen, daß die Notverordnung keinen Weg zu einer stärkeren Beschäftigung des gänzlich daniederliegenden Baugewerbes eröffne. Trotz aller Bedenken, die gegen die Notverordnung, bzw. einzelne Teile derselben bestehen, wurde anerkannt, daß dieselbe im ganzen als eine entscheidende und großzügige Handlung angesehen werden müsse, um das Chaos und den Zusammenbruch zu vermeiden. Nur im Hinblick darauf und ferner im Hinblick auf die dringend notwendigen außenpolitischen Entlastungen seien die schweren Eingriffe und großen Opfer, die die Notverordnung erfordert, zu rechtfertigen und zu tragen.

Auf einer Tagung des Hauptvorstandes des Gesamtverbandes am 22. Dezember in Königswinter wurde folgende Entschließung angenommen:

ten vorläufige Erfüllung und wird es hoffentlich gelingen, diese Bestimmung zu einer Dauerbestimmung zu machen. Maßgebend für diesen Wunsch ist die größere Stabilität der Betriebsvertretungen und die Sicherung der Betriebsratsmitglieder in Ausübung ihres Amtes.

## Reichs- und Staatsarbeiter

### Die neuen Löhne der Reichsarbeiter.

Mit der Lohnsenkung ab 1. Januar erobten sich neben der Herabsetzung der Lohnsätze noch verschiedene andere Abweichungen. Weitere seien hiermit bekanntgegeben (Die Lohnstaffeln sind zu umfangreich, als das wir sie hier abdrucken könnten, die Ortsgruppen werden hierüber von ihrem zuständigen Verbandssekretariat unterrichtet werden):

1. Soweit ein erhöhter Grundlohn gemäß § 11 Abs. 1 LAM gezahlt wird und der Zuschlag mehr als 4 Rpf. beträgt, wird er gleichfalls um 10 v. H. gekürzt, wobei dieselben Auf- bzw. Abrundungen auf volle Pfennige erfolgen, wie bei den Löhnen.
2. Der Mehrleistungszuschlag beträgt 18 statt 20 Rpf. bei einem Stundengrundlohn bis einschließlich 72 Rpf., bei höherem Stundengrundlohn werden 22 statt 25 Rpf. gezahlt.
3. Der Ueberzeitarbeitzuschlag beträgt bis einschließlich 72 (bisher 80) Rpf. 30 Rpf., darüber 45 Rpf.
4. Für Sonntags- und Feiertagsarbeit innerhalb der Wochen-dienstpflicht ermäßigt sich der Zuschlag auf 1,08 RM. Wird außerhalb der Wochen-dienstpflicht Sonn- und Feiertagsarbeit geleistet, so beträgt der Zuschlag je Stunde 45 Rpf., bei einem Stundengrundlohn bis einschließlich 72 Rpf., bei höherem Stundengrundlohn 68 Rpf. Für diesen Tag ist ein Mindestlohn von 1,08 RM. zu gewähren.
5. Kraftwagenführer ohne handwerksmäßige Vorbildung bekommen folgende Zulagen: für mehr als einjährige Dienstzeit, Städte über 100 000 Einwohner und Führung des Personenkraft-wagens der obersten Reichsbehörden jetzt einbeittlich je 4 Rpf.

„Wirtschaftliche und politische Not lastet vor wie nach schwer auf dem deutschen Volk, insbesondere auf der deut-schen Arbeiterschaft. Die Weltwirtschaftskrise hat von allen Ländern der Welt Deutschland am meisten betroffen. Die Weltwirtschaftskrise ist nur zu meistern, wenn Deutschland als Herd dieser Krise zur Gesundung kommt. Vorausset-zung dazu ist die Beseitigung der ungerechten und un-tragbaren Tribuslasten, gute Regelung der internationalen Verschuldung, Abkehr von überspanntem Imperialismus und von der Unterbindung des notwendigen Güter-austausches.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften erhebt erneut seine Forderungen auf beschleunigte Durchführung einer großzügigen Reichs- und Verwaltungsreform, ins-besondere auch zur weitgehenden Senkung der überspannten Steuerlasten, der Beseitigung des Doppelverdienstertums und Abbau der hohen Pensionen. Weiter fordert er ent-schiedene Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft durch schnelle Senkung aller überhöhten Preise, insbesondere auch für Verbrauchsmittel, Gas, Wasser, Elektrizität, paritätische Zusammenziehung der öffentlich-rechtlichen Wirtschafts-kammern und Schaffung paritätischer Stellen zur Prüfung der Selbstkosten und Wirtschaftlichkeit der Unternehmen.

Der Hauptvorstand stellt fest, daß die vierte Notverord-nung der gesamten Arbeiterschaft außerordentlich schwere Opfer auferlegt und keine gerechte Lastenverteilung ge-bracht hat, die sich besonders in dem Ausnahmerecht in der Lohnfestsetzung für Bergarbeiter und Arbeiter der öffent-lichen Betriebe und Verwaltungen auswirkt. Diese neuer-lischen unbilligen Härten, sowie auch die weiteren Ver-schlechterungen der Sozialversicherung müssen baldmöglichst wie-der beseitigt werden.

Mehr als je ist daher in dieser schweren Zeit die gewerk-schaftliche Selbsthilfe der Arbeiterschaft dringendstes Gebot der Stunde. Die christliche Gewerkschaftsbewegung kennt ihre Aufgaben und ihre Verpflichtungen gegenüber Staat und Nation, wie sie sich dafür einsetzt, so kämpft sie auch mit aller Energie und Hingabe für Gerechtigkeit und für die berechtigten Interessen der deutschen Arbeiterschaft.“

6. Zulagen für geprüfte Heizer werden ebenfalls um 10 v. H. gekürzt, wenn sie mehr als 4 Rpf. betragen.

7. Der Zuschlag für Arbeiterinnen der Lohnklasse III zum Grundlohn der Lohngruppe 1 ist 8 Rpf.

8. Persönliche Ausgleichszulagen infolge der Neuregelung ab 31. Mai 1931 ermäßigen sich um 1 Rpf., soweit sie mehr als 4 Rpf. betragen.

## Aus unserer Rechtsschutzmappe

752,62 Reichsmark Nachzahlung erstritten.

Tarifliches Kindergeld muß neben dem Kinderzuschlag nach dem Reichsvorsorgengesetz gezahlt werden.

Ein interessanter Rechtsstreit beschäftigte das Arbeitsgericht Braunsberg und das Landesarbeitsgericht Königsberg (Pr.), dem folgender Sachverhalt zugrunde lag. Der Schwerbeschädigte L. beschäftigt bei der Stadtgemeinde Mehlhad, vertrat den Standpunkt, daß ihm neben den Kinderzuschlägen nach dem Reichsvorsorgengesetz auch das Kindergeld nach dem Bezirks-lohntarif der oöpr. Gemeindearbeiter zusteht. Da die Stadt-gemeinde gegenteiliger Meinung war, erhob er mit Hilfe des Verbandes Klage beim Arbeitsgericht. Das Arbeitsgericht wies die Klage zurück, ließ aber wegen der Höhe des Streit-wertes die Berufung zu, die auch beim L.A.G. Königsberg eingelegt wurde. Das L.A.G. erklärte den Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt und verwies die Sache zur nach-maligen Verhandlung an das Arbeitsgericht zurück. Da die Rechtslage geklärt war, haben sich die Parteien verglichen, indem sich die Beklagte verpflichtete, dem Kläger das tarifliche Kindergeld zu zahlen und bis zum 28. September 1931 752,62 RM nachzahlen. Da der Schwerbeschädigte Vater von fünf Kindern ist, kommt ihm in der Zeit des notverordneten Lohn-abbaues das „Weihnachtsgeld“ nicht unangelegen. Der Aus-gang des Verfahrens ist ein Beweis dafür, daß Gewerkschaften auch in Arkenzeiten Daseinsberechtigung haben.

### Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Breslau.

Es gehört schon zur Tradition der Breslauer Ortsgruppe, jedes Jahr eine Weihnachtsfeier zu veranstalten.

So war es auch in diesem Jahre. Am 17. Dezember war der Siernemaal des Luna-Parkes voll besetzt. Neben den Erwachsenen freuberten sich Hunderte von Kindern in Erwartung der kommenden Dinge. Nach einem von der Hauskapelle mit Schneid vorgetragenen Weihnachtsmarsch, eröffnete Kollege Buchner die Veranstaltung und rief allen Erscheinenden, namentlich den Kindern, ein freundliches Willkommen entgegen. Insbesondere begrüßte er Herrn Kuratus Linke und Herrn Pfarrer Lohheyde. In seiner Ansprache führte er aus, daß der Sinn des Weihnachtsfestes der neuen Generation klar gemacht werden muß. Der Gedenktag kann infolge der vielen Lohnkürzungen naturgemäß in diesem Jahre nicht so reichhaltig sein als sonst. Nichtsdestoweniger ist es durch Sammlungen, welche die Pensionäre in ihren Versammlungen eifrig betrieben haben, gelungen, die Weihnachtsfeier materiell zu ermöglichen. Die reichhaltige Ausgestaltung des Programms ist den dankenswerten Bemühungen des Kollegen Müde nebst Frau Gemahlin und Tochter gelungen. Der Öffentlichkeit soll auch in diesem Jahre gezeigt werden, wie christlich-nationale Gewerkschafter das Weihnachtsfest feiern.

Die Programmfolge nahm nun ihren Anfang und wurde durch einen wirkungsvoll vorgetragenen Prolog eröffnet, welcher ausklang in die Worte:

Wo am gramerfüllten Orte / Trüb und stumm Frau Sorge wacht,  
„Oeffnest Du die goldene Pforte / Wunderjame heilige Nacht.“  
Hierauf nahm Herr Kuratus Linke das Wort zu seinen prägnanten Ausführungen. Wir feiern ein Fest bei bewölktem Himmel. Wir brauchen Licht, und dieses Licht ist für uns der Weihnachtsbaum, als Symbol dafür, daß Hoffnung und Wiederaufleben der ganzen Welt, insbesondere der Nation, durch eine innere Erneuerung im christlichen Geiste erfolgen kann. Die deutsche Nation hat sich immer wieder aufgerafft, weil das deutsche Volk ein christliches Volk ist. Allerdings bedeutet die materielle Frage eine Gefahr für den Weihnachtsgedanken. Immer hat die Nichtbeachtung christlicher Grundsätze zur Folge gehabt, daß ein Teil des Volkes zu Sklaven wurde. Herr Kuratus Linke wies darauf hin, daß die Zeit, in welcher der Arbeiter ein Sklave seines Herrn war, noch nicht allzu fern ist. Das Ueberhandnehmen des Materialismus bringt erneut die Gefahr einer ruchlosen Ausbeutung der wirtschaftlich schwachen Menschen. Alle sollen bedenken, daß das „Vaterunser“ eine Buge ist, die wir dem Herrgott immer wieder ins Gesicht schleudern, wenn wir unsern Nächsten nicht gleiche Rechte einräumen. Das gilt besonders für diejenigen, die am Werke sind, um den Arbeiter immer mehr um den rechtmäßigen Ertrag seiner Arbeitskraft zu bringen.

Nach diesen mit Beifall aufgenommenen Worten und einem anschließend gemeinschaftlich gesungenen Liede „Stille Nacht, heilige Nacht“ folgte die Aufführung des Weihnachtsspiels „Der Weihnachtsmann weh' alles“. Diese nur von Kindern gespielte Darbietung übertraf in ihrer Vollendung alle Erwartungen. Nach einem Weihnachtspotpourri von Koedel ergriff Herr Pfarrer Lohheyde das Wort zu einer Ansprache, der folgendes zu entnehmen ist. Himmelhochjauchzend Weihnachten feiern und morgen von der Sorge um das tägliche Brot erbrüdt zu werden, ist ein Unding und widerspricht der göttlichen Gerechtigkeit. Es sind gewisse Kreise dabei, die das Weihnachtsfest als ein besseres Stützungsfest feiern. Das Weihnachtsevangelium ist zwar noch dasselbe als vor 1931 Jahren, aber die Menschen wollen ihm den Sinn nehmen und sich von den durch die christliche Lehre gegebenen Bindungen befreien. Wenn wirklich positive Christen heute Weihnachten feiern, so lächelt man von gewissen Seiten mitteilig darüber. Der Stern von Bethlehem soll durch neue Sterne ersetzt werden. Unzählige Heilande preisen sich an. Wenn heute noch keine christlichen Gewerkschaften beständen, so müßten sie im Augenblick geschaffen werden. Aus dem Volke heraus muß die Freiheit der Seelen und die Gebundenheit der Gewissen gepredigt werden. Nur so wird die alte Botschaft erfüllt. Nur so werden wir Deutschland bauen, denn bei der Erneuerung der Gewissen beginnt der Neubau der staatlichen Ordnung. Begeisterte Zustimmung bewies dem Redner, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft ihre Führer versteht und gewillt ist, entsprechend zu handeln. Nach einem gemeinsam gesungenen Weihnachtslied brachte die Hauskapelle überaus wirkungsvoll „In einem Klostergarten“ von Bretelberg zum Vortrag.

Als zweites Kinderpiel wurde „In Rupprechts Zauberreich“ vorgeführt. Die Augen der kleinen Erbenbürger hingen während der gan-

zen Darbietung gespannt und interessiert an der Bühne und als im Sapph-End Hansi und Gretel ihre Puppen und Bilderbücher erhielten, war die Freude groß. Sodann kamen Weihnachtsreigen zur Aufführung. Die Grazie und die Anmut der Bewegungen sowie die technische Fortwollendung bewiesen, daß bei der Einstudierung dieser Weihnachtsreigen Frä. Müde mit viel Liebe und Sorgfalt auf das Gelingen des Abends bedacht war.

In der geschehenen Art feiern christlich-nationale Gewerkschafter das Weihnachtsfest, wobei nur zu bedauern ist, daß wegen der Schwere des Zeit die Grenzen der Freude eng gezogen sind.

In der dann einsehenden Bescherung wurden 350 Kinder mit Gaben bedacht.

Stoppenberg. In einer schönen Familienfeier fanden sich die Kollegen mit ihren Angehörigen am 5. Dezember zusammen. Der Vorsitzende, Kollege Brätscher, begrüßte die Anwesenden und wies vor allem die Frauen auf die große Bedeutung der Organisation hin und wie sie Verständnis für diese Arbeit haben und die Männer darin unterstützen müssen. Hernach erschien St. Nikolaus mit Knecht Rupprecht. Da die Kinder ihn durch einige Gedichte erfreuten und seine Fragen zur Zufriedenheit beantworteten, war er auch großzügig in Ausstellung seiner Gaben. Aber noch etwas ganz besonderes gab es diesen Abend. Bases Häßen hatte vor wenigen Tagen seinen 70. Geburtstag gefeiert und brachte ihm der Vorsitzende namens der Kollegen zu diesem Feste die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrung dar. Möge dieser alte Kämpfer allen Vorbild sein! In froher Geselligkeit vergingen zu schnell die Stunden. Möge sich diese Einigkeit auch im kommenden schweren Winter bewahren.

### Büchertisch

Deutscher Reichspost-Kalender 1932. Herausgegeben mit Unterstützung des Reichspostministeriums. Konkordia-Verlag, Leipzig C 1, Goethestraße 6. Preis 4.— RM.

Der Deutsche Reichspost-Kalender ist in vierter Folge erschienen. Auch diesmal hat er die Aufgabe, der breiten Öffentlichkeit in gemeinverständlich und anschaulicher Weise einen Einblick in das weltumspannende Arbeitsgebiet der Deutschen Reichspost und ihre zahlreichen Beziehungen zu allen Zweigen des öffentlichen Lebens zu gewähren und den Postkunden die zweckmäßigste, bequemste und wohlfeilste Anwendung der Verkehrsmöglichkeiten vor Augen zu führen.

Der neue Jahrgang bringt eine Fülle von interessantem Stoff. Er unterrichtet in gefälliger und leicht faßlicher Form über die vielseitige Tätigkeit der Reichspost, über ihre volk- und weltwirtschaftliche Bedeutung, über die Technik und nicht zuletzt über die Menschen, die in und mit dieser großen Verkehrsverwaltung leben und arbeiten.

Die Anschaffung des Deutschen Reichspost-Kalenders für 1932, der Beratung und Anregung in leberdigster Form bietet, ist deshalb warm zu empfehlen.



## GEDENKTAFEL

Gestorben sind die Kollegen:

Paul Chr. Wolf, Ahtaswinter	20. November 1931
Karl Rippold, Essen-Werden	30. November 1931
H. Isterberg, Göttingen	18. Dezember 1931

die Kollegin:

Berta Hellmig, Essen	20. Dezember 1931
----------------------	-------------------

**EHRE IHREM ANDENKEN**

## Der Verband als beste und billigste Sterbekasse

Im Jahre 1931 zahlte der Verband als Unfallsterbegeld unter anderem aus an die Angehörigen der tödlich verunglückten Mitglieder

- A. S., Herne . . . . . 900 Mark
- J. B., Aachen . . . . . 700 Mark
- C. W., Soltau . . . . . 600 Mark
- H. W., Aachen . . . . . 800 Mark
- A. B., Bielefeld . . . . . 800 Mark
- J. Sch., Gladbeck . . . . . 800 Mark

Unfallsterbegeld u. einfache Sterbeunterstützung wird gewährt ohne jede besondere Beitragsleistung